

NATO-GIPFEL

Einmal um die Welt



Nato-Impressionen 2002.

(Fotos: Tom Wagner/SIP)

Auf ihrem Gipfeltreffen hat sich die Nato neu definiert. Seit dem 11. September lauert der Feind überall, das künftige Einsatzgebiet ist unbegrenzt.

Nichts bewegt sich, kein Mensch ist zu sehen. Die Sokolska ist an normalen Tagen eine der belebtesten Straßen in der Stadt. Doch in diesen Tagen ist in Prag wenig normal, am wenigsten der Verkehr. Gelegentlich heulen Sirenen auf. Dann fegt eine Polizeikorte, die eine Kolonne von schwarzen Limousinen begleitet, die Schnellstraße entlang. Ihre Fahrt endet im Prager Congress-Centrum, einer architektonischen Hinterlassenschaft des Realsozialismus, die nicht nur aus großer Entfernung wie eine moderne Festung wirkt. Auch geographisch dürfte das Centrum alle Sicherheitsbedenken befriedigt haben. Um zu ihr zu gelangen, muss man eine mehrere Hundert Meter lange Brücke überqueren. Und selbst wer in seine Nähe gelangt, kommt nicht weit. Die umliegenden Straßenzüge sind gesperrt, um das gesamte Gebäude haben die schwarz uniformierten Einsatzkräfte eine Kette gebildet, auf den Dächern der umliegenden Häuser sind Scharfschützen postiert. Noch weiter oben kreisen F16 Kampffjets, um auch im Himmel jede unkontrollierte Annäherung zu verhindern.

Als der tschechische Ministerpräsident Vaclav Havel am Mittwoch vergangener Woche die Nato-Tagung auf der Prager Burg eröffnet, ist das komplette Viertel abgesperrt, ebenso wie die unmittelbare Umgebung der Hotels, in denen die Gipfelteilnehmer untergebracht sind. Die Staats- und Regierungschefs, Außen- und Verteidigungsminister aus 26 Staaten werden mitsamt ihrem gesamten Tross mehrmals am Tag

durch die gesamte Innenstadt geschleust. Insgesamt sind 12.000 Polizisten und 2800 Soldaten zum Schutz des Treffens aufgeboten.

Stoisch betrachten die Bewohner, wie die Kolonnen im Minutentakt vorbeirauschen. Kurz vor dem Ende der Tagung am vergangenen Freitag wird Nato-Generalsekretär William Robertson sich für die Gastfreundschaft der Prager bedanken. Ein Teil der Bevölkerung sei ja bereits vor der Konferenz geflüchtet, bemerkte der Brite lakonisch. Tatsächlich haben sich die Bürger der Stadt auf das Ereignis wie auf eine Naturka-

tastrophe vorbereitet. Im Sommer die Flut, im Herbst der Gipfel. Jeder fünfte Einwohner hatte die Stadt während dieser Tage verlassen, Schüler und Studenten bekamen frei.

Von Frieden, Freiheit und Sicherheit ist indes im Inneren der Festung viel die Rede. Die Debatte um die neuen Aufgaben der Allianz hat sogar den eigentlichen Anlass des Treffens, die Aufnahme von sieben neuen Mitgliedern, überschattet. Das "historische Ereignis", die größte Erweiterung seit Gründung der Nato vor über 50 Jahren, geht merkwürdig unspektakulär

über die Bühne. Neben Rumänien und Bulgarien werden Estland und Litauen sowie Slowenien und die Slowakei aufgenommen. Dem Wunsch von Kroatien, Mazedonien und Albanien nach einer Aufnahme wurde nicht entsprochen.

Die Nato-Welt nach dem 11. September

Kaum ein Beitrag kommt ohne einen Verweis auf den 11. September aus, der die gesamte Philosophie des Bündnisses verändert hat. Ein halbes Jahrhundert basierte die militärische Strategie auf schwer beweglichen Panzerverbänden und einer atomaren Streitmacht, als Einsatzgebiet galt das Territorium der Mitgliedsländer. Spätestens mit dem Prager Gipfel wird dieses Konzept auf den Kopf gestellt. Die neuen Gegner sind weit entfernt, und statt darauf zu warten, bis sie die Grenzen überschreiten, sollen sie präventiv erledigt werden. "Weil viele Bedrohungen von außerhalb Europas kommen, müssen die Nato-Streitkräfte für Operationen außerhalb Europas organisiert werden", erklärt US-Präsident George Bush am zweiten Tag des Gipfels.

Die neue Strategie macht aus der Nato ein anderes Bündnis. Transformation ist die am häufigsten benutzte Vokabel auf dem Treffen. Eine Untertreibung. Besser wäre zu sagen, dass die Allianz in Prag neu gegründet wurde. Um gegen Gruppen wie der al-Qaida zu operieren, braucht die Nato keine großen Territorial-Armeen, sondern kleine bewegliche HighTech-Einheiten, die in wenigen Tagen in jeder Region der Welt kämpfen können. Für diesen Zweck wird nun die so genannte Nato Response Force geschaffen, die bereits 2006 einsatzbereit sein soll. Auch die neuen Mitglieder haben dazu etwas beizutragen. Ihre Verteidigungsausgaben entsprechen zusammen zwar nicht einmal einem Prozent des US-Budgets, doch neben ihrer geostrategischen Bedeutung

haben sie einen weiteren Vorteil: Ihre spezialisierten Fähigkeiten passen gut zu den künftigen Aufgaben der Nato. Die Tschechische Republik weist stolz auf ihre ABC-Einheit, angeblich eine der besten der Welt, Rumänien auf eine Elite-Einheit der Gebirgsjäger. Ein Kommando beteiligt sich bereits am Einsatz in Afghanistan. Und fast alle neuen Mitgliedsstaaten haben ihre Unterstützung für einen möglichen Krieg gegen den Irak schon zugesichert.

Den größten Erfolg konnte US-Präsident George Bush auf der diplomatischen Ebene verbuchen. Russland, das lange Zeit die Nato-Erweiterung äußerst skeptisch betrachtete, gab sich sehr gelassen. Was in Prag vor sich gehe, sei "nicht unsere Angelegenheit", kommentierte der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow das Treffen des ehemaligen Klassenfeindes an der Moldau. Und in St. Petersburg, wo sich Bush direkt nach dem Gipfel mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin traf, riefen beide in einer gemeinsamen Erklärung den Irak dazu auf, die UN-Resolution zur Abrüstung bedingungslos zu befolgen. Andernfalls drohten "ernsthafte Konsequenzen".

Protest, auch von rechts

Mit ernstzunehmenden Konsequenzen müssen auch diejenigen rechnen, die nach Prag gekommen waren, um gegen das Militärbündnis zu protestieren. Überall präsent sind die Anti-Aufrührereinheiten der tschechischen Polizei. Die Beamten tragen schwarze Gesichtsmasken und Uniformen und sind auf alles vorbereitet. Doch der vermeintliche Feind lässt auf sich warten. Auf dem Namesti Miru nahe der Altstadt sammeln sich die Nato-Gegner. Es sind deutlich weniger als erwartet, vielleicht einige Hundert. Viele von ihnen sind aus Belgrad und Riga, aus Polen und aus Slowenien angereist, um gegen den Gipfel zu demonstrieren. Andere sind erst gar nicht so weit gekommen. Be-



Groß und Klein an einem Tisch: Ausgelassene Stimmung unter Bündnispartnern.

Anton Landgraf ist Redakteur der Berliner Wochenzeitung "Jungle World". Für die "Jungle World" und die woxx reiste er am vergangenen Wochenende zum Nato-Gipfel nach Prag.

reits Mitte September führte die tschechische Polizei verschärfte Grenzkontrollen durch, allein in den letzten Tagen vor dem Gipfel wurden nach Angaben der Fremdenpolizei 365 "verdächtige Personen" ab-, und mehrere Hundert "unerwünschte Personen" ausgewiesen. Die kommunistischen Gruppen hatten bereits einen Tag vor dem Gipfel eine Kundgebung abgehalten. Auch hier hatten nur wenige Hundert teilgenommen.

Doch auch diese zweite Demo, der sich dann doch 2.000 Menschen anschließen, kommt nicht weit. Die Brücke zum Congress-Centrum wird von Schützenpanzern und Einsatzhundertschaften versperrt. No pasarán, man wählt einen anderen Weg und geht die Straße hinab ins Tal. Nach und nach weicht die Anspannung, eine Konfrontation ist nicht in Sicht. Dafür werden die Sprechchöre lauter.

Der Gipfel habe nur den Zweck, die Unterwerfung der Welt unter das neoliberale Diktat militärisch abzuschließen.

Rund hundert Meter oberhalb leuchtet das Centrum wie ein Raumschiff. Als sich der Demozug gerade wieder in Richtung Altstadt zurückbewegt, werden auf der Brücke plötzlich die Absperrgitter weggeschoben. Ein Dutzend Polizeifahrzeuge preschen vor, es folgt eine große schwarze Limousine mit dem Banner des US-Präsidenten, danach kommt die Armada der Begleitfahrzeuge. Ein paar Minuten später ist wieder Ruhe auf der Brücke eingekehrt.

Kurz vor Gipfel-Schluss spricht Robertson noch einmal zu den Journalisten. Der Generalsekretär zieht eine positive Bilanz, lobt die gute Atmosphäre und bedankt sich schließlich auch noch bei den Sicherheitsbeamten, ohne die ein solches Treffen leider gar

nicht mehr möglich wäre. Kaum ist das Lob ausgesprochen, kommt es doch noch zum Eklat. Zwei junge gutgekleidete Männer springen plötzlich auf, werfen mit roten Tennisbällen nach dem Nato-Sprecher und skandieren: "Robertson, du hast Blut an deinen Händen." Bevor sie abgeführt werden, zeigen sie noch ein Emblem. Es ist ein rote Armbinde mit Hammer und Sichel in einem weißen Kreis, das Symbol der russischen Nationalbolschewisten. Auch Rechtsextreme zählen sich zu den Nato-Gegnern. Es bleibt jedoch bei diesem einen Zwischenfall, den sie provozieren können. Eine zur gleichen Zeit geplante Kundgebung tschechischer Neonazis auf dem Karlsplatz geht angesichts eines immensen Polizeiaufgebots unter.

Anton Landgraf, Prag



Die Luxemburger Delegation in Prag.

USA/EU

Die EU würde gerne, kann aber nicht

Im Konkurrenzkampf um internationale Streitmächte konnten die USA in Prag punkten. Die Nato wird schon bald ihre schnelle Eingreiftruppe, die Nato Response Force haben. Im Gegensatz zur EU, die beim Aufbau ihrer gemeinsamen Truppe jetzt noch mehr Hürden nehmen muss.

Die europäische Antwort auf den Nato-Gipfel erfolgte prompt. Am vergangenen Samstag, direkt nach der Konferenz in Prag, traf sich der französische Außenminister Dominique de Villepin mit seinem deutschen Amtskollegen Joseph Fischer, um über die Zukunft der europäischen Verteidigungspolitik zu reden. In einer Erklärung forderten sie anschließend die europäischen Staaten auf, in militärischen Angelegenheiten stärker zusammenzuarbeiten und eine gemeinsame Verteidigungsindustrie aufzubauen. Deutschland und Frankreich wollen zur Avantgarde einer europäischen Verteidigungsmacht werden. Diese Initiative soll auch in den anstehenden Verfassungskonvent aufgenommen werden.

Die plötzliche Betriebsamkeit erfolgte nicht ohne Grund. Nur wenigen Stunden zuvor hatten beide Politiker auf dem Nato-Gipfel erlebt, wie hilflos die europäischen Staaten auf die Forderungen der USA reagierten. Ohne großen Widerspruch wurde auf dem Treffen die so genannte Nato Response Force verabschiedet, obwohl die Europäer in der Vergangenheit deutlich signalisiert hatten, dass diese Truppe ihren eigenen Interessen widerspricht.

Response Force ist zugleich Militär und Polizei

Die Eingreiftruppe soll 21.000 Mann umfassen und innerhalb weniger Tage überall auf der Welt einsatzbereit sein. Ihre Zusammensetzung und ihre Aufgabe symboli-

siert treffend die neue Sicherheitsdoktrin der USA. Nach Ende des Kalten Krieges hat sich ihr Schwerpunkt verlegt - weg von Europa, das spätestens nach dem Jugoslawienkrieg als sicher und befriedet gilt. Die neuen potenziellen Einsatzgebiete liegen weit entfernt davon, im Mittleren Osten, in Südostasien, im Kaukasus.

Und auch das Einsatzszenario hat sich verändert. Während im Kalten Krieg ein auch geographisch klar definierter Feind gegenüberstand, hat man es jetzt mit einer amorphen Bedrohung zu tun, einer neuen Internationalen, die sich schon längst nicht mehr nach den Regeln zwischenstaatlicher Konflikte bekämpfen lässt.

Entsprechend hat US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld in Prag ein Konzept vorgestellt, mit der die Nato auf diese neue Lage reagieren soll. Die Response Force sollen sich demnach vor allem aus Elite-Verbänden der europäischen Staaten zusammensetzen, die je nach Aufgabe und Ziel des Einsatzes variabel aufgestellt werden. Statt schwergewichtiger Militärverbände sollen kleine flexible Einheiten den Gegner jagen.

Damit verschwindet auch langsam der Unterschied zwischen militärischen Operationen und klassischen Polizeieinsätzen. Die neue Truppe soll zudem so aufgebaut werden, dass sie problemlos beide Aufgaben bewältigen kann. Die Europäer haben auf dem Gipfel zwar zähneknirschend der Aufstellung einer solchen Truppe zugestimmt. Ob ihr Einsatz künftig reibungslos verlaufen wird, ist jedoch

mehr als zweifelhaft - zu widersprüchlich verlaufen die Interessen innerhalb der Nato zwischen den Europäern und den USA.

"Die Nato darf nicht zu einer Weltpolizei werden," meint etwa der Europa-Abgeordnete und Sicherheitspolitische Sprecher der Fraktion der Sozialdemokraten Jo Leinen nach der Tagung, "sie muss eine Verteidigungsorganisation bleiben". Die europäische Sicherheitspolitik und besonders die militärischen Operationen seien unterschiedlich und hätten sich auf Frieden schaffende und Frieden erhaltende Maßnahmen zu konzentrieren.

Schließlich hatte die Europäische Union vor drei Jahren in Köln für diese Aufgabe extra die Schaffung einer eigenen Einsatztruppe mit 60.000 Mann beschlossen. In Prag wurde zwar gerne darauf hingewiesen, dass beide Truppen sich ergänzen können. Doch daraus wird wohl nichts. Die Ziele der EU- und der Nato-Truppen könnten unterschiedlicher kaum sein. Während den EU-Regierungen Frieden sichernde Maßnahmen wie auf dem Balkan vorschweben, geht es bei der Nato um Kampfeinsätze wie in Afghanistan. Und ohne die Elite-Einheiten, die für die Response Force entweder im Einsatz oder in Bereitschaft zu halten sind, nutzt die ganze Truppe nicht mehr viel.

Dass die Europäer trotzdem zustimmten, liegt an zwei Gründen. Zum einen sind sie bislang nicht in der Lage, ihre eigenen Pläne umzusetzen. Weder verfügen sie über eine gemeinsame Verteidigungspolitik, wie sich vor allem an den Differenzen

in der Irak-Debatte zeigte, noch über die militärischen Kapazitäten, um ihre eigenen Interessen auch durchzusetzen.

In den nächsten Jahren werden sie weiterhin auf die Infrastruktur und Logistik der Nato, das heißt der USA, angewiesen sein. So verfügt die US-Army derzeit über 250 Großraum-Transportmaschinen, die europäischen Staaten über gerade mal elf. "Out of area or out of business", hatte Nato-Generalsekretär William Robertson vor dem Gipfel die Situation zusammengefasst. Entweder die Regierungen in Berlin und Paris unterstützen die neue Definition der Nato, oder sie sind militärisch einfach nicht mehr ernst zu nehmen.

Die neuen in der EU sind scharf auf die Nato

Hinzu kommt, dass es nach der Aufnahme der neuen osteuropäischen Staaten für die EU noch schwieriger werden wird, eine einheitliche Verteidigungspolitik zu bestimmen. Während man sich im westlichen Europa über die "Fremdenlegion für das Pentagon" (New York Times) erregt und überlegt, wie man den großen Bruder auf der anderen Seite des Atlantiks wieder loswird, ist man in Osteuropa froh, endlich ein Teil der "Familie" (Robertson) zu sein. Entsprechend begeistert verlief dann auch die Besuchstour, die US-Präsident George W. Bush nach dem Gipfel in den neuen NATO-Beitrittsländern unternahm.

Bis zu 50.000 Litauer bereiteten ihm trotz klirrender Kälte in Riga einen jubelnden Empfang. Die Rede Bushs wurde immer wieder von Applaus unterbrochen, Sprechchöre riefen "danke, danke". Bush versprach den designierten Nato-Mitgliedern, dass sie "im Angesicht der Aggression niemals wieder allein sein werden". Bei dem ersten Besuch eines US-Präsidenten in Litauen warnte Bush vor zehntausenden Zuhörern auf dem Marktplatz von Wilnius, "wie vorher die Nazis und Kommunisten"

trachteten "auch die Terroristen nach dem Leben von Menschen". Doch wie Nazis und Kommunisten würden "auch die Terroristen besiegt". Die Staatschefs von Litauen, Lettland und Estland werteten den symbolträchtigen Besuch anschließend als "Beginn einer neuen Ära" und versprachen, sich dem Kampf der Nato gegen den internationalen Terrorismus vorbehaltlos anzuschließen.

Mehr als 100.000 Menschen empfingen Bush in der rumänischen Hauptstadt Bukarest. Wie die anderen Beitrittsländer hatten Rumänien und Bulgarien die Nato-Mitgliedschaft in den vergangenen Jahren zum wichtigsten innenpolitischen Ziel erklärt. Sie versprechen sich dadurch mehr Stabilität und Sicherheit, und damit auch die Ankunft der lang ersehnten westlichen Investoren. Auch deshalb dürfte es in den nächsten Jahren für die osteuropäischen Staaten schwierig werden, innerhalb der Nato gemeinsame Interessen abzustimmen und sie auch durchzusetzen.

Auf dem Weg zur gemeinsamen europäischen Militärmacht ist noch eine andere Hürde zu nehmen. Im Papier von Villepin und Fischer ist zwar viel von den gemeinsamen Anstrengungen die Rede, die beide Staaten künftig für einen europäischen Verteidigungspolitik unternehmen wollen. Doch bereits bei den ersten praktischen Problemen endet die Verbindlichkeit. Deutschland will weder seine Verteidigungsausgaben erhöhen, noch zusätzliche Maschinen des Militärtransportes A400M anschaffen. Wenn es um die Finanzierung geht, hört die neue Freundschaft zwischen Paris und Berlin auch schon wieder auf.

Anton Landgraf